

Todesschwadrone à la El Salvador in Syrien

von Luz María De Stéfano Zuloaga de Lenkait

01.06.12 aus: scharf-links

Ein oberflächlicher SZ-Kommentator („*huw*“: „*Mord und Diplomatie*“, SZ 30.5.12) will den Kofi Annans Friedensplan als gescheitert bezeichnet sehen und seine Vermittlungsmission herabsetzen. Gerade das möchte offenkundig die Kriegsfraktion, die hinter bewaffneten Gruppen in Syrien steht und die vor Mord und Massaker nicht zurückschreckt, genau dieselbe Kriegsfraktion, die früher hinsichtlich Irak, Serbien und Libyen tätig war.

Angesichts dieser grausamen kriminellen Vorgeschichte sollte jeder professionelle Journalist nicht einfach die Sichtweise dieser verhängnisvollen Kreise reproduzieren, sondern äußerst umsichtig die Dinge im aktuellen bekannten Kontext analysieren und bewerten.

Das grausame Massaker von Hula geschieht am Sonntag 27.5., gerade am Tag vor dem Antritt des UN-Sondergesandten Kofi Annan in Damaskus, wo er mit dem syrischen Außenminister Walid Mouallem am 28.5. und mit dem Präsidenten Baschar Al-Assad am 29.5. zusammentreffen würde. Über die Urheber dieses grausamen Ereignisses besteht bisher volle Unklarheit.

Der Sprecher des syrischen Außenministeriums hatte sofort nach dem Massaker am selben Sonntag jede Verantwortung der syrischen Streitkräfte für die Bluttat zurückgewiesen und das terroristische Massaker verurteilt. Auch der syrische Botschafter vor den Vereinten Nationen äußert sich am 29.5. auf einer Pressekonferenz in diesem Sinne und geht mit den Regierungen, die sich offen zur Bewaffnung der Aufständischen und ihre Finanzierung bekannt haben, hart ins Gericht.

(<http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=31114>)

Sowohl die UN als auch die syrische Regierung haben Untersuchungen angekündigt. Es muss ernsthaft untersucht werden. Die Führung in Peking zeigte sich „tief schockiert“ und forderte ebenso eine Untersuchung. Der Syrien-Vermittler der Vereinten Nationen und Arabischen Liga, Kofi Annan, begrüßte die Entscheidung der syrischen Regierung, das Massaker in Hula zu untersuchen. Aber ungeachtet dessen beeilen sich westliche Medien mit SZ-Journalisten wie „*huw*“, das Publikum auf Krieg einzustimmen und dazu die internationalen Friedensbemühungen für gescheitert zu erklären.

Der UN-Friedensplan von Kofi Annan genießt die volle Unterstützung der Vereinten Nationen, aber nicht der westlichen Kriegsfraktion in Washington, Saudi Arabien und Katar. Der UN-Sicherheitsrat stützt Annan und seine Mission und ruft nicht nach einer NATO-Intervention. Die Krise in Syrien kann nur friedlich gelöst werden. Die Erfahrungen, die Libyen gemacht hat, ermuntern niemanden, denselben Horror in Syrien zu wiederholen.

Nicht verwunderlich ist die Erklärung aus dem Vatikan, der Papst Benedikt XVI fühle sich tief im Herzen betroffen hinsichtlich des Massakers in Hula. Nicht nur der Papst sondern alle Christen fühlen sich durch den verheerenden Anschlag auf Syrien tief betroffen, denn Syrien ist eines der ersten Anker und Wiegen des Christentums in der Geschichte der Christenheit. Nur ein Atheist oder eine Person ohne Respekt vor dem religiösen Glauben, vor wahrer Menschlichkeit wie „*huw*“ ignoriert diese Tatsache und reagiert zynisch und höhnisch auf die Papst-Äußerung.

Nicht zu vergessen ist die jüngste Erfahrung des Vatikans während des NATO-Bombenterrors auf Libyen als seine unermüdliche Einschaltung für eine politische Lösung von Washington

und westlichen NATO-Interventen ständig ignoriert wurde.

Die bewaffnete syrische Opposition, aufgerüstet von den Öl-Monarchien und dirigiert von westlichen Militärberatern, hat nie das geringste Interesse an einer politischen Lösung des Konflikts bekundet. Alle Vorschläge zum friedlichen Wandel der Regierung Assads wurden vom prowestlichen bewaffneten Oppositionellen stets zurückgewiesen. Auch der Annan-Plan stieß auf Ablehnung seitens der Opposition. Wem nutzt das Massaker?

Die Antwort ist nicht schwer für jemanden zu finden, der unbefangen denkt und den Kontext kennt. Bei der Absicht, ein Regimewechsel zu erzielen, liegt die Saat allen Übels. Schon wie in den Fällen Irak, Jugoslawien und Libyen sieht man auch in Syrien die maßlose irreführende Politik von angeblichen „demokratischen“ Regierungen, die Tür und Tor für kriminelle Machenschaften und ihrer grausamen Untaten öffnen. Todesschwadronen à la El Salvador operieren in Syrien, siehe:

<http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=31096>.

Es gibt auch Parallelen zu der in den 60iger Jahren gegen Kuba geplanten US-Operation Northwoods, die damals wegen der Weigerung des US-Präsidenten John F. Kennedy und seines Verteidigungsministers Robert McNamara nicht zur Ausführung kam.

(<http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=31122>)

Im Unterschied zu Kennedy hat Obama diese Kreise der Kriegsfraktion bisher nie kategorisch zurückgewiesen, sondern er versucht sie mit einer Appeasement-Politik zu neutralisieren. Immerhin hat jetzt die Regierung Obama wie auch Berlin eine militärische Intervention in Syrien ausgesprochen abgelehnt (SZ vom 31.5.12).

Generalsekretär Ban Ki Moon macht in Syrien Al-Qaida für schwere Anschläge verantwortlich. Vermutlich ist Al-Qaida im Irak und jetzt in Syrien aber nur eine neue Verpackung für das alte in den USA entwickelte El Salvador-Modell. („US-Politik und Todesschwadronen“, *Junge Welt*, 30.5.12). Die Morde aus nächster Nähe weisen auf Killer-Kommandos hin und nicht auf Artilleriebeschuss oder durch Panzer des Militärs hin.

Vor diesem Hintergrund äußerte der stellvertretende UN-Botschafter Russlands, Alexander Pankin, gegenüber RIA-Nowosti die Vermutung, „ausländische Geheimdienste“ könnten hinter dem Massaker von Hula stecken. „Wir können uns unmöglich vorstellen, dass so etwas den Interessen der syrischen Regierung entspricht, besonders vor dem Besuch Kofi Annans. Das entspricht den Interessen der Kräfte, die für einen bewaffneten Kampf eintreten, um den Friedensprozess zu stören,“ sagte er. (*Junge Welt*, 30.5.12)

Die verhängnisvolle aggressive Politik der USA-EU, der Türkei und der Arabischen Liga gegenüber Syrien hat zur unkontrollierten Eskalation geführt. Durch Sanktionen, Ablehnung eines nationalen Dialogs und durch Androhung einer Militärintervention versucht dieses Konglomerat gezielt, Syrien weitgehend zu destabilisieren. Was eine fremde Einmischung in einen Bürgerkrieg bedeutet, weiß heute jeder Spanier nach der grausamen faschistischen Einmischung von Nazi-Deutschland in den spanischen Bürgerkrieg (1936-1939). Aber aus geschichtlicher Erfahrung lernt Europa nicht.

Hoffnungsvolle Signale sind die gegenwärtige Zurückhaltung Frankreichs, der Türkei und die Wende der Arabischen Liga, die sich einer Intervention in Syrien heute verweigert. Die Liga muss das trojanische Pferd in ihren Reihen erkennen und hinauswerfen: Die steinreichen reaktionären Monarchien, Katar und Saudi Arabien an erster Stelle. Dieses trojanische Pferd wirkt als Angelpunkt für das Neutralisieren oder Lenken der Liga zugunsten der Interessen der USA und Israels. Für diesen Mafia-Verbund ist Syrien als Schlussstein in der Architektur des Nahen Osten nicht vorstellbar.

Als Gründungsmitglied der Arabischen Liga hat Syrien so bald wie möglich in die Liga zurückzukehren. Die Haltung der Opposition und bestimmter arabischer reaktionärer Regierungen, die sich als Marionetten von neokonservativen radikalen Kräften in den USA und

Israel hergeben, bergen den Keim einer destruktiven Feindseligkeit in sich und unglaublich fahrlässiger Unvorsichtigkeit im Nahen Osten. Die Arabische Liga ist Gott sei Dank wachsamer darüber geworden.

Syrien wartet noch auf die Zusage, dass auch die Opposition den Friedensplan von Kofi Annan einhält. Einer Zeitung aus dem Libanon zufolge, erhalte Damaskus durch die UN-Sicherheitsratsresolutionen Autorität zurück und Russland und China hätten eine „dicke rote Linie“ um die syrische Führung gezogen. Damaskus erwartet von Kofi Annan Garantien, dass die andere Konfliktseite sich ebenfalls an den Plan halten wird. Insbesondere müssten sich diejenigen verpflichten, die „hinter der bewaffneten Opposition stehen, sie finanzieren, bewaffnen und (den Rebellen) sichere Schutzräume bieten“. Gemeint sind damit die USA, Saudi-Arabien und Katar sowie Frankreich und die Türkei.

Damaskus werde keinen „ausländischen Akteur“ beim Dialog zwischen Führung und Opposition akzeptieren, auch nicht die Vereinten Nationen. Allerdings sehe sich Russland in einer Vermittlungsrolle. Nahezu täglich gebe es Gespräche mit inner-syrischen Oppositionellen in Moskau. Bewaffnete Gruppen seien in Moskau unerwünscht. UN-Beobachter aus dem Staatenkreis der „Freunde Syriens“ werden nicht von Syrien akzeptiert.

Hingegen aus Russland, China und Indien würden sie begrüßt. Auch Staaten, die Botschaften in Damaskus geschlossen und sich an den Sanktionen beteiligt haben, sollten keine Rolle beim weiteren Prozess in Syrien spielen. So dem Bericht aus Libanon zufolge.

Entscheidend für die syrische Führung bleibe weiterhin die Zuverlässigkeit von Militär- und Sicherheitsinstitutionen. Diese garantierten die Lösung der Krise. Erst im Februar 2012 sei die Armee aus der Defensive zum Angriff übergegangen und habe der bewaffneten Opposition ihre Grenzen aufgezeigt. („Damaskus sieht den Friedensplan positiv“ von Karin Leukefeld, Neues Deutschland vom 30.4.)

Der Amnesty International-Jahresbericht ist auffällig einseitig. Amnesty unterhält kein Büro in Syrien. Ausgewogener als Amnesty International äußerte sich ein Ausschuss der Vereinten Nationen am 24.5., der neben der Gewalt von syrischen Sicherheitskräften auch die Gewalt benennt, die von bewaffneten Gruppen verübt wird. Kaum wahrgenommen werden im neuen Amnesty International-Jahresbericht weiterhin tägliche Drohungen, Entführungen und Morde an Personen, die für das Militär oder für Ministerien arbeiten oder gearbeitet haben oder die sich weigern, den „bewaffneten Kampf gegen Assad“ zu unterstützen.

Die Gewalt der bewaffneten Gruppen hat seit Beginn der von Kofi Annan vermittelten Waffenruhe (12.4.2012) nicht aufgehört. Die mächtigen Aufhetzer USA, Saudi-Arabien und Katar haben ihre Killer-Kommandos nicht bremsen wollen. Die „Freunde“ des Syrischen Nationalrats (SNR) und vor allem der syrischen Muslimbruderschaft sind insbesondere Katar, Saudi-Arabien, die Türkei und andere Staaten. Diese haben sich in einem Kreis „Freunde Syriens“ zusammengeschlossen. Sie verfolgen offensichtlich eine andere politische Linie, als es der vom UN-Sondervermittler Kofi Annan für Syrien vereinbarte Plan vorsieht.

Saudi-Arabien und Katar haben öffentlich die Bewaffnung und Finanzierung von aufständischen Gruppierungen in Syrien eingeräumt. („Amnesty macht im neuen Jahresbericht allein syrische Regierung für Gewalt verantwortlich“ von Karin Leukefeld, Junge Welt, 25.5.12.)

Bezeichnenderweise verschweigt „huw“ in der *Süddeutschen Zeitung* nicht nur diesen hässlichen Hintergrund sondern auch den Zweck der Mission von Kofi Annan in Damaskus

am 28. und 29.5., und zwar die offizielle Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen Syrien und den Vereinten Nationen über die UN-Beobachtermission.

Damaskus wartet noch immer auf eine Zusage zum Waffenstillstand von den Staaten, die die bewaffneten Kräfte in Syrien unterstützen. Solche Kräfte sind am Scheitern der Diplomatie interessiert. „huw“ muss wissen, bevor er schreibt, wofür er steht, um sich nicht in Verbindung mit solchen obskuren verhängnisvollen Kräfte bringen zu lassen. Er hätte wissen müssen, woher der Wind für Gewalt und Misserfolg der Diplomatie weht, nämlich aus den Reihen der politischen Gegner von Präsident Barack Obama, die unverschämt die Bewaffnung der syrischen Opposition fordern, wie die SZ am selben Tag des huw-Kommentars ausführlich berichtet (30.5.). Diese Mörder hinter den Kulissen müssen zur Verantwortung gezogen werden.

Offensichtlich steht die Weltstaatengemeinschaft vor einer höchst kriminellen Außenpolitik auf höchster Ebene der Weltinstitutionen. Bezeichnenderweise beschäftigen sich professionelle Journalisten, Politiker und Diplomaten mit der bekannten Frage, die in jedem klassischen Kriminalfall aufkommt: Cui bono? Dringend ist diese kriminelle Außenpolitik zu entlarven und der Kurs zu ändern. Die Kriminellen sind zu bestrafen.

Dass wahnsinnige unberechenbare Ziele mit Resolutionen der UNO gedeckt werden können, kann niemanden vernunftgemäß überzeugen. Vielmehr beweist diese Perversion, die Unwirksamkeit, das Scheitern dieser Welt-Institution und ihre Ausnutzung als bloßes Instrument einer Rekolonisierung. Die Vereinten Nationen sind die Nachfolger des Völkerbundes, die eine Liga von kolonialen Mächten war. Die UNO arbeitet seit ihrer Gründung 1945 nach demselben Muster dieses Völkerbundes. Nur wenn die Organisation der Vereinten Nationen sich wandelt und dann auf solidem demokratischen Fundament beruht, wird sie sich nicht mehr ohne weiteres benutzen lassen, um brutalste Verstöße mit höchst technisierter Gewalt zu decken.

Die herrschende Prozedur ist diktatorisch. Sie lässt zu, dass eine Minderheit von wenigen Staaten im Sicherheitsrat durch ihr Veto eine mehrheitliche Entscheidung annulliert und ihre Position im Namen der Völkergemeinschaft durchsetzen kann gegen die deutliche Mehrheit im selben Organ und gegen die noch größere Mehrheit der Vollversammlung, in der alle Völker und Staaten der Welt vertreten sind. Auf diese Weise garantiert der Sicherheitsrat, dass die Interessen der alten westlichen imperialen Mächte (Großbritannien und Frankreich) und die heutige Supermacht, nämlich die USA, ständig gesichert bleiben. Russland und China sind diplomatisch noch nicht stark genug.

Dieses willkürliche Verfahren war schon damals beim Golfkrieg 1991 gravierend und ist heute mehr denn je zu höchster Kriminalität degeneriert, denn gerade an den krieglerisch handelnden Mächten, die im Sicherheitsrat eine Minderheit darstellen, scheitern alle politischen Friedensinitiativen, so wie es mit dem damaligen zurückgewiesenen Friedensvorschlag von Jordanien, Jemen und den fünf Maghreb Staaten geschah (New York, 23.1.1991). („*Neue arabische Initiative endgültig gescheitert*“, SZ. 30.1.1991) und wie es erneut im letzten Jahr im Fall Libyens vorkam, als die Friedensinitiative der Afrikanischen Union und der Arabischen Liga nicht zum Zuge kommen konnte. Heute ist Syrien Opfer derselben Willkür, die seinen friedlichen Wandel torpediert. Diese Prozedur ist für die Völkergemeinschaft vollkommen inakzeptabel und muss energisch so bald wie möglich weltweit verurteilt werden.

Im Gegensatz zur Politik der USA und vieler EU-Mitgliedsstaaten, die buchstäblich über Leichen geht, setzen sich die BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika aktiv für einen Dialog in Syrien ein und lehnen Sanktionen und Gewaltmaßnahmen ab.

Russland will zutreffend und besonnen eine neue Intervention in der Region verhindern. Es

sei notwendig, die „Politik der Ultimativen“ zu stoppen. Der russische Außenminister Sergej Lawrow beschuldigte die arabischen Monarchien und den Westen der „*politischen Provokation*“ (29.11.11.). Sie wollen einen Dialog zwischen Damaskus und der Opposition verhindern und ermunterten bewaffnete Aufständische.

Die Ausweisung westlicher Botschafter aus Damaskus ist eine sinnlose kontraproduktive Maßnahme. Auffällig ist, dass sich osteuropäische Länder nicht dieser feindseligen Entscheidung angeschlossen haben, was auf eine Spaltung innerhalb der NATO hinweist. Diese NATO-Spaltung ist zu begrüßen. Es darf keine Gemeinsamkeit für eine törichte friedensfeindliche Politik geben. Eine Allianz mit Mördern und Kriminellen ist auszuschließen.

Die jüngsten Erklärungen der Außenminister Russlands und Großbritanniens werden von der SZ verschwiegen, da sie in den medialen Gewaltkontext nicht passen. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem britischen Amtskollegen William Hague erklärte Sergej Lawrow, das Gerede von einem „Regimewechsel in Syrien“ gefährde die Umsetzung des Annan-Plans. Der britische Außenminister William Hague bezeichnete den Friedensplan als „*derzeit beste Hoffnung für Syrien, um den Kreislauf der Gewalt zu stoppen*“.
(<http://de.rian.ru/politics/20120528/263672271.html> und „*Anschlag auf Syrien*“ von Karin Leukefeld, Junge Welt von 29.5.2012)

Schnell hat sich der französische Präsident François Hollande mit dem britischen Premierminister David Cameron telefonisch in Verbindung gesetzt. Beide wünschen mit Russland zusammen zu arbeiten, um die Krise in Syrien zu lösen, hieß es aus dem Elysée. Am 1. Juni wird der russische Präsident Vladimir Putin in Paris eintreffen, um die Situation in Syrien zu besprechen.

*Luz María De Stéfano Zuloaga de Lenkait
Juristin und Diplomatin a.D.*

VON: LUZ MARÍA DE STÉFANO ZULOAGA DE LENKAIT

Quelle: [http://www.scharf-links.de/44.0.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=25347&tx_ttnews\[backPid\]=9&cHash=a5ff64a089](http://www.scharf-links.de/44.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=25347&tx_ttnews[backPid]=9&cHash=a5ff64a089)